

Gemeinsamer Antrag der Fraktionen

SPD, FDP, SoKU-Links, Beerwischer, Bündnis 90/ Die Grünen, CDU und Mühlaler

Gemeinsame Erklärung für eine „wehrhafte Demokratie“

Beschlussvorschlag:

1. Die Gemeindevorstellung betont die essenzielle Bedeutung der Demokratie für einen intakten Rechtsstaat, in dem Freiheit und Sicherheit gleichermaßen Achtung und Umsetzung finden. Sie unterstreicht die Wichtigkeit des Schutzes und der Verteidigung des Deutschen Grundgesetzes sowie der Hessischen Verfassung als älteste in Kraft befindliche Landesverfassung.
2. Die Würde des Menschen ist unantastbar. Die Freiheits- und Gleichheitsrechte stellen ein hohes Gut dar und wurden in der Vergangenheit unter hohem Einsatz erkämpft. Feinde der Demokratie sind Feinde der Freiheit. Die Gemeindevorstellung toleriert nicht, dass insbesondere Verfassungsfeinde aus dem rechtspopulistischen und rechtsextremen Milieu oder aus einem anderen extremistischen Umfeld unter dem Deckmantel der hier garantierten Freiheiten agieren und den Rechtsstaat beseitigen wollen. Sie erklärt daher, verfassungsfeindlichen Bestrebungen klar entgegenzutreten und mit den unseren Behörden zur Verfügung stehenden Mitteln gegen sie entschlossen vorzugehen.
3. Die Gemeindevorstellung steht ausdrücklich hinter dem Engagement und dem persönlichen Einsatz hunderttausender Menschen, die gegen Extremismus, Antisemitismus sowie Hass und Hetze auf den Straßen und in den sozialen Medien der Mehrheit eine Stimme verleihen. Diese enorme Beteiligung ist ein Leuchtsignal der Toleranz und vereint die Menschen in unserem Land in ihrem Willen, eine Wiederholung des dunkelsten Teils der deutschen Geschichte zu verhindern.
4. Die Gemeindevorstellung bekennt sich zur offenen Gesellschaft mit Menschen, die einen Migrationshintergrund haben und die fest zu unserer Gesellschaft gehören. Er unterstützt das friedliche Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft. Die Vielfalt bildet eine Grundlage für unser aller Zukunft. Die Gemeindevorstellung solidarisiert sich ausdrücklich mit allen, die dies in Vereinen und Organisationen, in der Nachbarschaft, am Arbeitsplatz, in den Kindergärten und Schulen sowie in politischen Gremien in den Städten und Gemeinden und an anderen Stellen Tag für Tag Wirklichkeit werden lassen.

5. Die Gemeindevertretung schaut gerade mit Blick auf das Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus am 27. Januar mit großer Sorge auf die Radikalisierung und Spaltung in Teilen der Gesellschaft sowie auf geschichtsvergessene Politik auf Kosten von Minderheiten und auf dem Rücken von Schwächeren. Die Gemeindevertretung betont die Notwendigkeit der parteiübergreifenden Konsensfindung zur Beantwortung der Fragen unserer Zeit. Herausforderungen und Fragen von Migration auf europäischer Ebene verunsichern viele Menschen in Deutschland. Nicht Populismus und Hetze werden diese Fragen lösen, sondern nur ein klares Regelsystem basierend auf den Grundsätzen von Humanität und Verfassung.

6. Abschließend hält die Gemeindevertretung fest, dass die Gemeinde Mühltal keine Heimat für menschenfeindliche Gesinnungen und Bestrebungen ist, die unsere freiheitlich demokratische Grundordnung infrage stellen und unterminieren.

Begründung:

Der Kreistag hat eine nahezu gleichlautende Erklärung am 05.02.24 beschlossen. Die Gemeindevertretung unterstützt mit dieser Erklärung die Demonstrationen am 15.02. und am 06.03. 2024.

Karl-Hermann Breyer	SPD-Fraktion
Frank Werthmann	FDP-Fraktion
Kai Kraft	Fraktion SoKU-Links
Klaus Nolde	Fraktion Beerwischer
Magdalena Böttger	Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen
Niels Starke	CDU-Fraktion
Falko Ostertag	Fraktion Die Mühltaler